

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassendirektion Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Kofelapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 96

Bad Schandau, Dienstag, den 26. April 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Aus Neustadt in der Pfalz wird berichtet, daß nach amtlichen Beobachtungen in der Pfalz im Monat März 120 Leute angehalten bzw. festgenommen wurden, die für die Fremdenlegion angeworben haben.

* Bei Donauwörth stieß ein mit vier Personen besetzter Kahn gegen einen Brückenpfeiler und kippte um. Nur zwei von den Insassen konnten gerettet werden, während die übrigen beiden ertranken.

* Nach einer Moskauer Meldung hat Krow auf dem Rätekongress erklärt, daß die Sowjetregierung sich gegenwärtig nicht in der Lage sehe, die militärischen Rüstungen einzustellen. Der Rätekongress habe die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen bestätigt und sich für die Erhöhungen des Kriegsbudgets ausgesprochen.

* Nach einer Tōkioter Meldung hat der Mikado das japanische Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung zum 3. Mai einberufen. Wie verlautet, wird der Mikado in dieser Sitzung die Thronrede verlesen und der Ministerpräsident Tanaka einen Bericht über die Lage erstatten.

Ruhe um Albanien.

Von Dr. Alexander Szana, Bratislava.

Das Kriegsbeil ist zunächst begraben, aber die Friedenspreise ist noch nicht geraucht. Wieder einmal herrscht vorläufig Ruhe in Albanien und um Albanien, und die wilden Bewohner des Landes der weißen Berge konnten diesmal keinen Brand im Südosten Europas entfachen. Kommt es zu einer militärischen Enquete, zu einer Vereinerung der albanisch-jugoslawischen Grenze durch eine gemischte Sachverständigen-Kommission oder nicht, die Arbeit der Kommission wird jedenfalls von keiner allzu großen und vor allem von keiner allzu praktischen Bedeutung sein. Denn der Kampf um Albanien liegt tiefer, liegt im geheimen verborgen, wird von Kräften getrieben, die unterirdisch arbeiten und unterirdisch wühlen, deren Wesen man nur verspürt, deren Herz man aber nicht feststellen kann.

Der Konsul Englands in Monastir, Percell, war der erste der europäischen diplomatischen Vertreter, der an Ort und Stelle feststellen wollte, wieviel an den Gründen, die zur letzten scharfen Spannung, zur Explosion, zur Entfaltung eines scharfen Presskampfes zwischen den Regierungen von Rom und Belgrad geführt haben, wahr ist oder nicht. Und wenn man den nüchternen Bericht des Engländer liest, dann sieht man erst recht, daß es sich bei der letzten internationalen Auseinandersetzung um Albanien nicht um tatsächliche Verfehlungen auf der einen Seite, nicht um wirkliche Verschulden auf der anderen Seite handelte, sondern daß die albanische Frage wieder nur als Vorwand dienen mußte, um ganz andere politische Probleme zu lösen, die mit den Umtrieben von Nolis oder Ahmed Zogu und den angeblich umstürzlerischen Plänen der in Italien lebenden albanischen Emigration in gar keinem Zusammenhang stehen.

Die unerwartete und in ihren Folgen heute noch unabsehbare Anerkennung des Bessarabienabkommens durch Italien, die sich schon seit dem Jahre 1920 hinzieht, war der Auslöser zu einer Reihe italienischer Aktionen, deren wirkliches Ziel sich heute noch nicht sehen läßt. Wenn Italien durch die Anerkennung der staatlichen Zugehörigkeit zu Rumänien gerade in dem gegenwärtigen Augenblick die sicher nicht minder wichtigen Interessen gegenüber Sowjetrußland zumindest gefährdet, so mußten schwere Gründe maßgebend sein. Es ist dies eine offene Bekennung zur Freundschaft mit Rumänien. Die amtlichen und halbamtlichen jugoslawischen Blätter haben ganz gut herausgefunden, daß es sich auch in dieser Frage für die Regierung von Rom darum handelt, Jugoslawien indirekt für die bisher nicht erfolgte Ratifizierung der Abkommen zu Kapallo zu mahnen. Die Anerkennung des Bessarabienabkommens hatte die jugoslawische Öffentlichkeit bereits in eine nervöse gereizte Stimmung versetzt, die dann noch gesteigert wurde, als Italien wegen der angeblichen Rüstungen an der albanischen Grenze in einer überaus scharfen und durchaus mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehenden Weise in Belgrad protestierte.

Die nüchterne Rede und die besonnene Haltung des jugoslawischen Ministers des Aeußeren, Dr. Perics, in der Schupfina rettete dann die Lage, und die Vorlegungen des verantwortlichen Leiters der südslawischen Außenpolitik wurden später durch den Bericht des englischen Konsuls in Monastir vollkommen bestätigt: von jugoslawischen Truppenkonzentrationen an der albanischen Grenze keine Spur, von angeblich bevorstehenden jugoslawischen Einfällen auf albanisches Gebiet weit und breit nichts zu bemerken.

Nun bleibt die Frage offen, was geht hinter den Kulissen vor, welches waren die eigentlichen Triebfedern der letzten Demarche der römischen Regierung? Die italienischen Blätter sind still geworden, und die wenigen einseitlich abgefaßten amtlichen Darstellungen verraten nicht viel. Umso redseliger sind die jugoslawischen Zeitungen, und so läßt sich nur von dieser Seite aus ein Bild der Lage rekonstruieren:

Der Vertrag von Tirana soll Italien das Recht geben, im Falle von Unruhen in Albanien einzumarschieren und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Ruhe und Unruhe sind relative Begriffe, in Albanien relativ aber anderswo, und so soll nun, wie Belgrad behauptet, nach dem Muster der mazedonischen Unruhen in der alten Türkei zuerst in Albanien ein Aufstand geführt und dann niedergeworfen werden. Ist es Ahmed Zogu, der Italien dabei behilflich ist, einen Aufstand zu entfesseln, um dann als Lohn für seine Niederlage König von Albanien zu Mussolinis Gnaden zu werden? Es wäre dies nicht die erste politische Wendung im Leben des neuen albanischen Seros, be-

gann er doch seinen Kampf als Freund der Serben und als Förderer ihrer Bestrebungen, um dann ein Gegner der Serben und ein Freund der Italiener zu werden. Vielleicht haben die jugoslawischen Blätter recht, vielleicht wurde die diplomatische Befriedung Albanien's genannte italienische Durchdringung des Landes schon in Tirana besprochen, vielleicht haben erst die Ereignisse der letzten Wochen die neueste Wendung geschaffen. Die Eingeweihten dürften es selbst nicht genau wissen, die Ereignisse überstürzten sich zu sehr, die Akteure wechselten zu rasch ihre Rollen.

Neu sind die italienischen Pläne auf Albanien sicherlich nicht. Früher galt es den Kampf gegen die österreichischen Geistes aufzunehmen, und schon der flüchtige Tourist konnte in jedem der albanischen Häfen den wirtschaftlichen Einfluß der Italiener an den zahlreichen italienischen Waren und Reklamen erkennen. Heute ist es nicht Oesterreich, sondern Jugoslawien, die italienischen Absichten sind jedoch die gleichen geblieben. Italienisch soll auch die östliche Küste der Adria sein, das ist der Traum der Italiener und, wenn es nicht leicht wird, Dalmatien zu erobern und italienisch zu machen, so soll wenigstens die albanische Küste, sollen die Häfen Valona und Durazzo, San Giovanni di Medua und Dulcigno von Roms Gnaden leben wie einst im Altertum. Die Adria als italienisches Binnenmeer — das „mare nostrum“ — das ist nach wie vor der tiefe Sinn der Kämpfe in und um Albanien und der Zweck der verschiedenen Aktionen und Beiträge um den Besitz und die Macht Albanien's.

Die Post soll teurer werden.

Das ist eine nicht gerade angenehme nachösterliche Überraschung, die von der Reichspostverwaltung dem deutschen Volke bereitet werden soll; 5 Pfennig mehr an Fernbriefporto und eine dementsprechende Erhöhung sämtlicher sonstiger Postgebühren! In diesem Sinne wird die Ministerialverordnung als Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vorbereitet. Wenn in der Begründung neben den anderen Angaben auch noch gesagt wird, daß kein Land noch gleich niedrige Gebühren wie die Deutsche Reichspost habe, so ist das gewiß zum Teil richtig, wie uns ein Sonderberichterstatter schreibt, aber doch eben nur zum Teil! Gewiß mußte man im Jahre 1868 genau soviele Briefporto zahlen wie heute, — aber doch eben nur an Briefporto. Es heißt doch aber ausdrücklich, daß entsprechend auch die übrigen Postgebühren erhöht werden sollen! Und dann ist vieles, das meiste jetzt schon sehr viel teurer als in der Vorkriegszeit, auf der anderen Seite weist die Postverwaltung Einnahmen auf, über die sie vor dem Kriege, geschweige denn vor Jahrzehnten nicht verfügen konnte. Erinnerung sei nur beispielweise an die großen Einnahmen, die aus dem Radio erzielt werden.

Finanziell gut ist es ja der Post eigentlich nie gegangen. Vor dem Kriege wies sie zwar einen Überschuß auf, der in der Hauptsache aber nur deshalb zustande kam, weil die gesamten Transportkosten auf der Eisenbahn ihr nicht in Rechnung gestellt wurden. Das ist freilich jetzt anders geworden. Die schweren Schäden, die der Deutschen Reichsbahn aus Kriegs- und Nachkriegszeit erwachsen, sind auch im allgemeinen beseitigt, und die Post schien immerhin soviel Geld verdient zu haben, daß sie u. a. zahlreiche Kraftverkehrsleitungen einzurichten imstande war. Ja, noch mehr geschah. Die Reichspostverwaltung wurde der Einflußnahme des Reichstages und der Reichsregierung fast ganz entzogen; im Reichsetat prangt jetzt nur ganz einsam, als der Bewilligung des Reichstages unterworfen, der Etat des Reichspostministers. Die Post wurde selbstständig, sollte ein nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitetes Unternehmen werden, in das von anderer Seite nicht mehr hineingeredet wurde; bei den Reichstagsdebatten konnten nur Wünsche vorgebracht werden, mit denen die Postverwaltung anfangen konnte, was sie wollte. Ihr zur Seite steht nun der Verwaltungsrat, der sich aus Männern der Wirtschaft, Arbeitnehmervertretern und Parlamentariern zusammensetzt und der die Rechte eines Aufsichtsrates hat, damit also die Entscheidung auch darüber, ob die vorgeschlagene Tarifierhöhung anzunehmen oder abzulehnen ist.

Tarifierhöhung bedeutet aber erfahrungsgemäß zunächst immer eine Verminderung der Einnahmen, erregt auch deswegen besonders böses Blut, weil die Post ja ein ganz unbedingtes Beförderungsmonopol besitzt, über dessen Innehaltung sie, gegebenenfalls auch mit Unterstützung der Gerichte, auf das eifrigste achtet. Und eine Tarifierhöhung, die in der Hauptsache gleich 50 % betragen soll, ist so erheblich und darum auch so etzschneidend, wie es keine der bisherigen gewesen ist. Gerade aber die Wirtschaft wird sich auf das äußerste dagegen sträuben, sich eine neue Verteuerung der gesamten Postgebühren auferlegen zu lassen. Es gibt außerdem in Deutschland niemanden, der durch diese Portorerhöhung nicht mehr oder minder stark betroffen wird, und die Folgen davon wird die Reichspostverwaltung auf ihrer Einnahmensseite auch verspüren müssen. Man wird ihr entgegenhalten, daß überhaupt schon ihre Gebühren höhere, die Leistungen aber weit geringere sind als früher.

Der Verwaltungsrat der Reichspost wird also wohl eher sein Augenmerk darauf richten müssen, wie die gespannte Finanzlage der Post gemildert werden kann durch Abstriche auf der Ausgabenseite, ehe er darangeht, durch eine Tarifierhöhung nun eine immerhin sehr zweifelhafte Einnahmenerhöhung zu erzielen.

In Ergänzung der amtlichen Ankündigung über die geplante Portorerhöhung wird noch bekanntgegeben, daß die Vorlage in etwa acht bis zehn Tagen dem Verwaltungsrat der Reichspost zugeleitet werden dürfte. Die Postverwaltung beabsichtigt eine 50prozentige Erhöhung des Briefportos und ferner in geringem Ausmaße eine Erhöhung des Paketportos. Diese Erhöhung ist nicht schon früher durchgeführt worden, weil die Post annahm, daß die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage auch eine Vermehrung ihrer Einnahmen bringen würde. Diese Hoffnung hat sich indes nicht erfüllt. Auf der anderen Seite hat die Post eine Reihe von Verbesserungen ihres Betriebes eingeführt, z. B. die Einrichtung der Selbstanschlüßkämmer im Telefonverkehr. Dadurch sind ihr Ausgaben erwachsen, die bisher nur auf dem Anleihewege gedeckt werden konnten. Das Gesamtvermögen der Reichspost, das auf 2 Milliarden geschätzt wird, ist mit 470 Millionen Mark belastet, und der Zinsendienst hat es bisher nicht gestattet, die Anlagen der Post noch weiter auszubauen, wie das Interesse der Wirtschaft es verlangt.

Auch Erhöhung der Gütertariife.

Berlin, 26. April. Wie von unterrichteter Seite verlautet, sollen demnächst wieder Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und der Industrie über eine Reform des deutschen Gütertariifs aktuell werden. Beide Teile seien sich über die Notwendigkeit, den nunmehr seit über 6 Jahren in Kraft befindlichen deutschen Gütertariif einer Ueberarbeitung und Revision zu unterziehen, durchaus einig. Allerdings soll die Reichsbahnverwaltung darüber hinaus mit dem Gedanken spielen, den inneren Ausgleich von Härten innerhalb des Tarifsystems mit einer allgemeinen Tarifierhöhung zu verbinden. Begründet werden soll diese Tarifierhöhung mit der gestiegenen Lohnpolitischen Belastung der Reichsbahn.

Demgegenüber siehe die Industrie auf dem Standpunkt, daß die vorgenommenen Lohnerhöhungen nicht ausreichen, um eine derartige Neubelastung der ganzen Wirtschaft, wie sie eine allgemeine Erhöhung der Gütertariife darstellen würde, zu rechtfertigen.

Wiener Pressestimmen zum Wahlergebnis

Wien, 25. April. Das Neue Wiener Tageblatt kennzeichnet den Ausgang der Wahlen dahin, daß er dem Bürgerum keinen Anlaß zur Siegesfreude, aber auch nicht zur Vergaßtheit und Resignation gäbe. Das Bürgerum habe sich behauptet, obwohl es unter den denkbar ungünstigsten Umständen zur Wahl gegangen sei. Die großdeutschen Wiener Neuesten Nachrichten schreiben, die Wahl habe eine mächtige Volksabstimmung über Sein oder Nichtsein der Wirtschaftsordnung und der Staatsführung dargestellt und sei gegen die Sozialdemokraten ausgefallen. Sie sei auch gegen jene Führer entschieden worden, die kleinliche Sonderinteressen als Politik hinstellten. Die Neue Freie Presse erklärt, die „Hochwassermarkte des roten Schredens“ sei nunmehr erreicht. Die sozialdemokratischen Blätter, besonders die Arbeiterzeitung bezeichnen den Ausgang des gestrigen Wahlkampfes als den „glänzendsten Sieg der Sozialdemokratie“ und weisen insbesondere auf den großen Stimmenzuwachs in Wien hin.

Pariser Stimmen

zum Ausgang der österreichischen Wahlen.

Paris, 25. April. Die österreichischen Wahlen werden von der Pariser Presse stark beachtet. Der Temps meint, Oesterreich habe den Beweis für die Fähigkeit seines politischen Lebens und für das Interesse erbracht, das sein Volk den Geschicken des Landes entgegenbringe. Die Liberté spricht von der moralischen Wiedererstarkung Oesterreichs, nachdem die dreijährige sozialistische Verwaltung das Land der schrecklichsten Katastrophe entgegengeführt habe. Infolge der schwachen Mehrheit der bürgerlichen Parteien sei ein Rückfall Oesterreichs in die Inflation zu fürchten. Zum Schluß stellt das Blatt fest, daß die Anschließidee jeden Tag größere Fortschritte mache.

Unbegründete Gerüchte über einen Rücktritt des Kabinetts Seipel.

Wien, 26. April. In einigen hiesigen oppositionellen Blättern wurde gestern darauf hingewiesen, daß das Kabinet Seipel sich infolge des Wahlausganges genötigt sehen werde, zurückzutreten, wenn es dem Kanzler nicht gelinge, eine Koalition mit anderen Parteien herbeizuführen. Diese Gerüchte entbehren jeder Grundlage.